



EIN NEUES KAPITEL IN HAMBURGS ERFOLGREICHER SOZIALEN WOHNUNGSPOLITIK

EINIGUNG MIT DEN VOLKSINITIATIVEN „BODEN UND MIETE“: HAMBURGS SOZIALE BODEN- UND WOHNUNGSPOLITIK IST LANGFRISTIG GESICHERT

Von Dirk Kienschurf

Nach äußerst komplexen, mehr als 20 Monate andauernden Verhandlungen hat sich die rot-grüne Regierungskoalition mit Vertreter:innen der von den Mietervereinen mitinitiierten Volksinitiativen „Boden & Wohnraum behalten – Hamburg sozial gestalten!“ und „Neubaumieten auf städtischem Grund – für immer günstig!“, die sich unter dem Slogan „Keine Profite mit Boden & Miete“ gründeten, geeinigt. Hamburg ist und bleibt eine Stadt für alle – und das verdeutlicht auch die erzielte Einigung, die für alle Bürger:innen eine Wohnperspektive in der Metropole ermöglichen soll.

Mit insgesamt rund 270.000 Wohnungen hat Hamburg den städtischen und genossenschaftlichen Wohnungsbestand seit 2011 immer weiter ausgebaut. In keinem anderen deutschen Bundesland wurden so viele Pro-Kopf-Mittel für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellt und neuer, dringend benötigter Wohnraum geschaffen. Obwohl Hamburg



„DIE WICHTIGSTEN GRUNDPFEILER DER HAMBURGER WOHNUNGSPOLITIK WERDEN NUN LANGFRISTIG ABGESICHERT.“

Dirk Kienschurf, Fraktionsvorsitzender

damit in der Vergangenheit erfolgreicher war als andere Großstädte, besteht in der Hansestadt weiterhin Handlungsbedarf. Hamburg ist für viele Menschen ein attraktiver Wohnort, wie auch die Statistiken zeigen: In den letzten 20 Jahren ist die Bevölkerungszahl um rund 140.000 Menschen angestiegen. Dem Bau neuer Wohnungen und dem Schutz bezahlbaren Wohnraums kommt in einer so lebenswerten Stadt eine besondere Bedeutung zu. Daher ist die erzielte Einigung mit den beiden Volksinitiativen Herausforderung und Chance zugleich. Vor allem aber ist sie im Sinne einer sozial verantwortungsvollen Wohnungspolitik für Hamburg.

Die Einigung mit den Volksinitiativen sieht vor, grundsätzlich städtische Grundstücke für das Wohnen künftig nicht mehr zu verkaufen, sondern in Erbpacht zu vergeben. Gleichzeitig bleiben hiervon aber Ausnahmen in den größeren Stadtentwicklungsieten zur Förderung einer vielfältigen Quartiersentwicklung ganz bewusst möglich. Der Konsens baut damit auf der bereits praktizierten Bodenpolitik auf. Die gewonnene Einigung ist darüber hinaus eine geeignete Basis, um den bisherigen sozialen Wohnungsbau in Hamburg sinnvoll zu ergänzen. In 5-Jahres-Zeiträumen sollen pro Jahr mindestens 1.000 Wohnungen mit 100-jähriger Mietpreisbindung im ersten Förderweg errichtet werden. Davon werden 20 Prozent für vordringlich Wohnungssuchende reserviert. Die Vergabe der Grundstücke erfolgt im Erbbaurecht mit 100-jähriger Laufzeit, die Wohnungen werden 50 Jahre gefördert. Nach Ablauf dieser Förderzeit gelten Mietpreisbindungen mit im Erbbaurechtsvertrag festgelegten Steigerungen. Kurzum: Die Einigung ermöglicht 100-jährige Bindungen im sozialen Wohnungsbau und stärkt umfassend die gemeinwohlorientierte Bodenpolitik.



Dorothee Stapelfeldt (links), Andreas Dressel (2. v. links) und Dirk Kienschurf (Mitte) präsentieren die mit den Vertreter:innen der Initiative geschlossene Vereinbarung

Foto: SPD Bürgerschaftsfraktion



Foto: SPD Hamburg

Liebe Genossinnen und Genossen,

das Jahr neigt sich seinem Ende zu. Corona hat in diesem Jahr Dank großer gesellschaftlicher Anstrengungen deutlich an Schrecken verloren. Obwohl es für eine Entwarnung noch zu früh ist, haben wir die Ausbreitung und die Folgen der Pandemie heute weitgehend unter Kontrolle gebracht.

In diesem Jahr wurden wir – für Viele unvorstellbar – mit den Schrecken des Krieges in unserer europäischen Nachbarschaft konfrontiert. Bei aller Sorge, die wir uns um unsere Sicherheit und unseren Wohlstand machen, dürfen wir das Leid und die Not der Menschen in der Ukraine nicht vergessen: Lasst uns weiterhin solidarisch, hilfsbereit und entschlossen an ihrer Seite stehen!

Die Bundesregierung hat viel dafür getan, dass die düsteren Aussichten auf einen ungewissen Winter nicht eintreten werden. Dafür werden wir auch hier in Hamburg weiterhin alles Notwendige tun. Das kommende Jahr wird angesichts der großen Weltprobleme – Pandemie, Krieg und Klimawandel – wieder eine große Herausforderung für uns alle.

Aber wir sind gut aufgestellt. Anfang November hat der Landesparteitag über 100 Anträge diskutiert und mit seinen Beschlüssen die programmatischen Weichen für die kommenden Jahre gestellt!

Herzliche Grüße,
eure

Melanie Leonhard

Melanie Leonhard und Nils Weiland
SPD-Landesvorsitzende

DEUTSCHLAND PACKT DAS – UND UNSERE STADT PACKT MIT AN!

Von Andreas Dressel

Krieg, Preise, Energie, Klima – Noch nie stand unser Land vor so vielen Krisen wie heute. Mit milliardenschweren Entlastungsmaßnahmen verschaffen die SPD-geführte Bundesregierung und der SPD-geführte Senat denjenigen Luft, die wenig Einkommen haben und von steigenden Preisen besonders betroffen sind. Mit 3,6 Mrd. Euro bis 2027 beteiligt sich Hamburg an den Entlastungspaketen. Deutschland packt das – und unsere Stadt packt mit an.

- **Energiepreispbremse** für den Basisverbrauch. Wir wenden 200 Milliarden Euro dafür auf, damit Strom, Gas und Wärme bezahlbar bleiben. Für Familien genauso wie für die Bäckerei um die Ecke oder die energieintensive Industrie in unserer Stadt.
- 300 Euro **Energiepreispauschale** für Rentner*innen sowie 200 Euro für Studierende und Fachschüler*innen. Mit dem Septembergehalt haben alle Arbeitnehmer*innen bereits 300 Euro ausgezahlt bekommen. Hamburg hat diese Entlastung 1:1 auf seine Versorgungsbezieher übertragen.
- **Einkommensteuerentlastung und Abgabentlastung** für kleine und mittlere Einkommen – ergänzt um 250 Euro Kindergeld für jedes Kind, verbesserte HomeOffice-Pauschale und 3000 Euro steuer- und abgabenfrei als Inflationsausgleichsprämie von den jeweiligen Arbeitgeber:innen.
- **Wohngeldreform:** Künftig haben zwei Millionen Haushalte Anspruch auf Wohngeld, in Hamburg wird sich die Zahl der Wohngeldbeziehenden verdreifachen! Dabei werden in Zukunft auch Heizkosten berücksichtigt. Die durchschnittliche Auszahlung steigt von 180 Euro auf 370 Euro. Zudem gibt es kurzfristig einen weiteren Heizkostenzuschuss.

- Beim **Bürgergeld** hat Hamburg mitgeholfen, dass ein Kompromiss gelingt, der Hartz IV ersetzt – mit mehr Qualifikation und monatlich ca. 50 Euro mehr für Erwachsene und entsprechende Erhöhungen für Kinder und Jugendliche.
- Wir verbessern den **Schutz für alle, die zur Miete wohnen** und ihre Betriebskosten nicht sofort zahlen können. Wir wollen Strom- und Gassperren verhindern. Hamburg legt dazu eigene **Härtefallhilfen** mit 15 Mio. Euro auf, damit niemand bei den Maßnahmen durchs Rost fällt und bei niemandem die Lichter ausgehen!
- Hamburg beteiligt sich am **49-Euro-Ticket**, der Nachfolge für das **9-Euro-Ticket**. Das ist eine wichtige Ergänzung unserer **Angebotsoffensive** für den Nahverkehr!
- Bessere und schnellere **Hilfen für kleine und mittlere Unternehmen**, die energieintensiv produzieren. Dies ergänzen wir in Hamburg mit Fördermaßnahmen für **energetische Sanierungen** und **Digitalisierung** – gerade jetzt müssen wir in die Transformation unserer Wirtschaft investieren, das sichert Arbeitsplätze!
- Hamburg packt mit an! Wir ergänzen die Maßnahmen des Bundes mit einem eigenen **Energiesparplan** und einem **Notfallfonds Energiekrise mit 125 Mio. Euro Startkapital**. Davon helfen wir zum Beispiel Sportvereinen mit 9 Mio. Euro, damit sie durch die Krise kommen. Wir verlängern die **Kulturhilfen**, sichern die **soziale Infrastruktur** dieser Stadt – vom Jugend- bis zum Seniorentreff! Wir begrenzen Kostensteigerungen für Studierende, indem wir das **Studierendenwerk** mit Mensen und Wohnheimen gezielt unterstützen. Weitere Maßnahmen stimmen wir in einem Hamburger Dialog mit Kammern und Verbänden ab. Gemeinsam durch die Energiekrise!



Foto: SPD Hamburg

Andreas Dressel ist Finanzsenator und Kreisvorsitzender der SPD Wandsbek

Berlin direkt

MUT ZUM FRIEDEN

Von Falko Droßmann

„Wir werden im ersten Jahr der neuen Bundesregierung eine umfassende Nationale Sicherheitsstrategie vorlegen“ – so unsere Vorstellungen zu Beginn der jetzigen Wahlperiode. Zum damaligen Zeitpunkt schien die Welt zwar nicht einfach, aber gewohnt. Die Bundeswehr war mit Tausenden von Soldat:innen in mehr als einem Dutzend Auslandseinsätze vertreten, der politische Westen war gerade in Afghanistan gescheitert. Wir hatten spätestens zu diesem Zeitpunkt festgestellt, dass die Bemühungen Deutschlands oder der EU mitunter von beeindruckender Kurzsichtigkeit geprägt waren. Mit einer abgestimmten und werteorientierten Politik wollten wir unser Handeln gemeinsam mit unseren Partnern effektiver und wirkungsvoller gestalten. Tatsächlich gab es aber kaum abgestimmtes Vorgehen der verschiedenen Ressorts.

Mit dem völkerrechtswidrigen Überfall der Russischen Föderation auf die Ukraine hat sich die Welt gewandelt. Waren vorher Klimawandel, Armut und Migration die großen sicherheitspolitischen Herausforderungen, steht nun die Geopolitik im Mittelpunkt: Wie weit können wir den Kampf der Ukraine unterstützen? Wie verletzlich ist unser Wirtschafts- und Gesellschaftsentwurf? Zählt nun auch für Deutschland militärisches Durchsetzungsvermögen

zu den legitimen Mitteln unserer Politik? Mehr denn je ist es unsere Aufgabe, Antworten auf diese Fragen zu finden.

Zurecht hat unser Bundeskanzler unmittelbar nach dem 24. Februar von einer Zeitenwende gesprochen. Meiner Überzeugung nach ist er damit den faktischen Geschehnissen gefolgt. Die Zeitenwende ist kein politischer Begriff, sondern die treffende Benennung der Situation. Die Zeit, in der wir Europäer mit einer gewissen Naivität im vollen Umfang von der Friedensdividende profitierten, ist vorbei. Zu unterschiedlichen Anlässen haben unser Bundeskanzler, unsere Parteivorsitzenden, die Jusos und andere ihre jeweiligen Vorstellungen der Folgen dieser Zeitenwende beschrieben.

Was fehlt, ist eine Gesamtstrategie, die den Umgang mit anderen Staaten und anderen Gesellschaftsentwürfen beschreibt. Die auf wirtschaftliche Macht und Abhängigkeiten ebenso eingeht wie auf Armut und Klimawandel. Die Deutschland sicher in der europäischen und transatlantischen Partnerschaft hält – bei allen unterschiedlichen nationalen Strategien.



Foto: Falko Droßmann

Die bisherige Interpretation der Zeitenwende beschränkt sich mehr auf die Frage, wie wir unsere Streitkräfte ausstatten. Um nicht falsch verstanden zu werden: Die Ausstattung unserer Bundeswehr ist von enormer Bedeutung, die existierenden Fähigkeitslücken müssen dringend ausgeglichen werden. Kern sozialdemokratischer Friedenspolitik muss aber die ganzheitliche Betrachtung der Verantwortung einer modernen, freiheitlichen und sozialen Gesellschaft wie der unseren sein. Es ist die Aufgabe unserer Partei, nun für eine moderne, einsatzfähige Bundeswehr zu sorgen. Das tun wir gerade. Es ist aber noch viel mehr die Verantwortung unserer Partei, Krieg nie als akzeptiertes Mittel deutscher Politik zu betrachten.

Um es ganz klar auch aus meiner Sicht als Verteidigungs- und Menschenrechtspolitiker zu sagen: Verteidigung ist wichtig. Sie darf aber nur dann primäre Bedeutung erlangen, wenn alle anderen Mittel der Politik gescheitert sind. Ich würde mir deshalb wünschen, dass wir mehr über Friedenspolitik sprechen, über wirtschaftliche Kooperation, kulturellen Austausch und Entwicklungszusammenarbeit.

Ich hoffe, dass die SPD in diesem Sinne die Schwerpunkte einer zukünftigen nationalen Sicherheitsstrategie bestimmt. Dafür müssen aber auch wir in Hamburg uns deutlich mehr mit der Welt außerhalb unserer Stadtgrenzen beschäftigen, auch wenn das manchmal unbequem ist.

MISSION 30.000

NEUMITGLIEDERGEWINNUNG ALS HERAUSFORDERUNG UND AUFTRAG!

Von Derya Özkan und Andrea Lettow, Kreisgeschäftsführerinnen der SPD Nord und Mitte



Unsere Mitglieder machen uns stark und geben uns die Kraft, die wir brauchen, um zu agieren – um zu regieren. Auch Du, als eine*r von 400.000!

Wir sind eine stolze Partei mit vielen Mitgliedern, die unsere Geschichte nicht nur kennen, sondern sie

auch als Zeitzeug*innen hautnah miterlebt haben. Ebenso profitieren wir von unseren jungen Mitgliedern, die sich mit ihren frischen Ideen aktiv einbringen. Dieses Zusammenspiel bringt Leben in unsere Partei und sorgt dafür, dass wir immer zeitgemäß handlungsfähig sind, um Gutes zu bewirken und uns stets unserer Verantwortung bewusst sind.

Mitgliederwerbung ist eine ständige Herausforderung für uns als Partei und der Schlüssel dazu bist DU! Jedes einzelne Mitglied kann dazu beitragen, neue Mitglieder zu werben. Im Gespräch mit potenziellen Neumitgliedern wollen wir Vorbehalte abbauen. Aber niemand wird bei der Umsetzung allein gelassen. Wir wollen solidarisch und fair zusammenarbeiten. Wir unterstützen uns gegenseitig. Nur gemeinsam kann es gelingen.



Geschäftsführerinnen in den Kreisen Mitte und Nord, Andrea Lettow und Derya Özkan

Wir sind die stärkste Mitgliederpartei! Wir sind die vielfältigste Mitgliederpartei! So soll es auch bleiben! Darum wollen wir die nächsten Jahre nutzen, um aus Veränderungen Fortschritt zu machen. Das schaffen wir als starke Partei. Das schaffen wir mit neuen Mitgliedern. Je mehr wir werden, desto mehr soziale Politik gibt es in Deutschland. Jedes neue Mitglied hilft uns dabei, mehr Soziale Politik für Dich zu machen!

Lasst uns unsere Ressourcen bündeln und gemeinsam nutzen – wir bauen auf eure Erfahrungen, Kompetenzen und eure Netzwerke! Die SPD Hamburg wird dazu Workshops anbieten. Dort wird Theorie in Praxis umgesetzt.

Das Willy-Brandt-Haus hat die Kampagne „Mission 30.000“ ins Leben gerufen und damit die Bedeutung der Neumitgliedergewinnung zur Chefsache erklärt. Die Kampagne hat zum Ziel, 30.000 neue Mitglieder bis Ende 2023 zu gewinnen. Das ist ein ambitioniertes Ziel. Dafür brauchen wir Aktivitäten auf allen Ebenen und Deine Unterstützung! Gemeinsam werden wir uns diesem Ziel Schritt für Schritt nähern.

Nicht allen fällt es leicht, offen auf andere Menschen zuzugehen und diese anzusprechen. Deshalb lasst uns gemeinsam Hürden überwinden. Lasst uns aktiv werden!

Details folgen bald – wir freuen uns auf diese Herausforderung!

DANKE, LARS!

ENDE SEPTEMBER HIESS ES ABSCHIED NEHMEN: LARS BALCKE IST ALS LANDESGESCHÄFTSFÜHRER DER SPD HAMBURG AUSGESCHIEDEN UND BRINGT SEINE EXPERTISE JETZT IN DER STADTENTWICKLUNGSBEHÖRDE EIN.

Von Kerstin Bake-Völsch

Im Oktober 2018 haben Lars und ich zusammen als Landesgeschäftsführung angefangen. Damals war Lars schon länger als Pressesprecher und stellvertretender Geschäftsführer in der Landesorganisation, ich kam als langjährige Kreisgeschäftsführerin dazu. Eine Doppelspitze in der Geschäftsführung war neu – es hat uns damals viel Freude gemacht, die damit verbundenen Möglichkeiten auszuloten und zu überlegen, wie wir die Schwerpunkte der Arbeit aufteilen. Das war wohl nur möglich, weil wir uns und unsere Stärken (und Schwächen!) schon so lange kannten. Dass wir in den letzten Jahren zu zwei gewonnenen Wahlen beitragen durften, hat uns viel bedeutet. Sowohl bei der Bürgerschaftswahl mit Peter Tschentscher als auch bei der Bundestagswahl mit Olaf Scholz auf dem Weg zum Kanzler kam die SPD aus einer schwierigen Position ganz nach vorne – das war für unsere Arbeit sehr motivierend.

In der schwierigen Anfangszeit von Corona ist es uns in der Landesorganisation gelungen, die Digitalisie-



Foto: Lars Balcke

rung der Partei zusammen mit unserem Team voranzubringen. Parteitage und Veranstaltungen haben ein anderes Gesicht bekommen und wurden mehr Menschen zugänglich gemacht, Kommunikation mit den Mitgliedern und Vorstandsarbeit ist nicht mehr zwingend an Präsenz gebunden. Trotz der vielen Einschränkungen in der Coronazeit hat es Spaß gemacht gemeinsam neue Möglichkeiten zu entwickeln, von denen wir auch in Zukunft profitieren werden.

Der tägliche Austausch über Freud und Leid in der Politik, das Diskutieren von Entscheidungen und hin und wieder auch der Andere als Korrektiv wird nicht nur mir fehlen. Und es war immer eine Freude, Lars beim Formulieren komplexer Vorgänge aus dem Stehgreif zuzuhören.

An dieser Stelle noch einmal herzlichen Dank vom Team der SPD Hamburg und alles Gute für die Zukunft, lieber Lars!

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesorganisation
Hamburg

V.i.S.d.P.
Kerstin
Bake-Völsch

Redaktion:
Sebastian Jahnz

Satz und Gestaltung:
Janina Demiana Roll
hamburg-designsache.de

Redaktionsschluss für
die kommende Ausgabe
1. Februar 2023

Anschrift:
Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg

E-Mail:
sebastian.jahnz@spd.de